

Beziehungen der beiden deutschen Staaten in den siebziger und achtziger Jahren

Die Absicht der beiden deutschen Staaten in der Gestaltung ihrer Beziehungen untereinander war prinzipiell zunächst die Stärkung der eigenen Stellung angesichts der veränderten weltpolitischen Lage oder angesichts eigener Schwierigkeiten.

Ersteres trifft vor allem auf die **Ostpolitik der Bundesrepublik** zu, die mit dem Abschluss der Ostverträge und des Grundlagenvertrags mit der DDR die Zeit des Alleinvertretungsanspruchs beendete und zu einem vertraglichen Verhältnis mit den östlichen Nachbarn kam. Der Ostpolitik der Regierung Brandt-Scheel ging die Einsicht voraus, dass die bisherige Ostpolitik als Mittel zur Schwächung des Ostblocks und zur Erlangung der Wiedervereinigung versagt habe. Angesichts der Entspannung im Ost-West-Verhältnis und angesichts der 1968 in Prag bekundeten Bereitschaft der UdSSR, alle Bestrebungen, das eigene System zu schwächen, mit Waffengewalt niederzuschlagen, hätte sich die Fortsetzung dieses Wegs als fataler Irrtum erwiesen. Außerdem weichte die Front derer, die dem Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung folgten, immer mehr auf, so dass sich die Bundesrepublik im Begriff war, sich außenpolitisch ins Abseits zu manövrieren. Die **außenpolitische Handlungsfreiheit** der Bundesrepublik war also wieder hergestellt.

Die Ostpolitik der sozial-liberalen Regierung bestätigte den Status quo und war insofern für die Außenpolitik der Bundesrepublik ein Fortschritt. Mit ihr verband die Bundesregierung das Ziel, einerseits durch pragmatische Politik Erleichterungen im täglichen Umgang mit der DDR zu erreichen, andererseits das Gleichgewicht der Kräfte, das für politische Stabilität in Europa sorgte, nach Kräften zu wahren. Die in den 60er Jahren verhärteten Positionen sollten aufgelockert und Grundlagen für neue Annäherungsprozesse gewonnen werden („Wandel durch Annäherung“).

Diesem Ziel folgte die Bundesregierung auch in den 80er Jahren. Es galt, durch konstruktive Arbeit den Zustand, der weltpolitisch nicht zu ändern war, zu **stabilisieren** und dadurch zu einem Modus vivendi zu kommen, der vor allem den Menschen nützte. Diesem Ziel folgte auch die wirtschaftliche Unterstützung der DDR durch westliche Kredite. Dieser Modus vivendi trat in den späten 80er Jahren so sehr in den Vordergrund, dass das Ziel der Wiedervereinigung fast ganz aus dem politischen Forderungskatalog verschwunden war.

Die DDR auf der anderen Seite nutzte die durch die Kooperationsbereitschaft der Großmächte veränderte Lage, um ihre außenpolitische **Isolation aufzubrechen** und international Anerkennung zu finden. Höhepunkt dieser politischen Linie war die Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UNO und in internationale Organisationen. Durch den Abschluss des Grundlagenvertrags sah sie ihre staatliche Souveränität und ihre Grenzen anerkannt - der von der Bundesregierung vorgelegte „Brief zur deutschen Einheit“ wurde als juristisch nicht bindende Floskel abgetan.

Mit der Einleitung des **KSZE-Prozesses** und der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki im August 1975 war dieser außenpolitische Konsolidierungsprozess abgeschlossen, gleichzeitig begann jedoch die Bevölkerung, die Zusagen von Helsinki einzufordern. Die wirtschaftliche Unzufriedenheit der Bevölkerung war durch „Abgrenzung“ vom Westen nicht aufzufangen, hier musste die DDR-Führung wirtschaftliche Erfolge vorweisen, die wiederum nur in der Kooperation mit westlichen Industriestaaten zu erreichen waren. Damit begann die DDR-Führung einen Seiltanz zwischen Abgrenzung und Kooperation, einen Zick-Zack-Kurs, der sich mehr an momentanen Realitäten und Notwendigkeiten orientierte als an grundsätzlichen Maximen.

Damit wird deutlich, dass beide Regierungen mit der Fortentwicklung des Verhältnisses zwischen beiden Staaten ganz unterschiedliche Ziele verfolgten. Das **Stabilitätsstreben** der Bundesrepublik konnte sich mit dem **Abgrenzungsstreben** der DDR nur deswegen vereinbaren lassen, weil beide Staaten in die von den Großmächten ausgehende Weltpolitik eingespannt waren. Die DDR konnte darüber hinaus das Streben der Bundesregierung, den Status quo des Gleichgewichts in Europa nicht einseitig aufs Spiel zu setzen, für sich ausnutzen, indem sie damit ihre eigene Existenz als Glied dieses Status quo sicherte.